

Der Landrat verwies auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2021 und schlug vor, diesen zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss zu verweisen.

KTM Waldästl sagte, das Eckpunktepapier zum Nachtragshaushalt gehe aus Sicht seiner Fraktion nicht weit genug. Insofern habe man sich als SPD-Kreistagsfraktion entschlossen, vor den Nachtragshaushaltsberatungen die im Antrag aufgeführten Eckpunkte hier einzubringen, weil man der Auffassung sei, dass man den Kommunen möglichst schnell Klarheit geben sollte.

Seine Fraktion habe den Vorschlag gemacht, die Kreisumlage um 2,21 Prozentpunkte für das kommende Jahr zu senken. Aus Sicht seiner Fraktion können man das auch heute bzw. am Donnerstag im Kreistag als Zielsetzung für den Nachtragshaushalt beschließen. Sollte jedoch seitens der Mehrheitsfraktionen der Wunsch geäußert werden, dieses Anliegen in die Finanzausschusssitzung im neuen Jahr zu verweisen und sich darüber zu verständigen, was noch an Spielräumen hinsichtlich einer Kreisumlageentlastung realisierbar sei, könne seine Fraktion einem Verweis in den Finanzausschuss zustimmen.

Weiter verwies KTM Waldästl auf den Jahresabschluss des Kreises mit einer Haushaltsverbesserung in Höhe von 40 Millionen Euro.

KTM Dr. Bieber entgegnete, würde man dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zustimmen, resultiere daraus ein Finanzierungsdefizit und man gehe in den Verlust. Eine Antwort seitens der SPD-Kreistagsfraktion, wie dieser Verlust ausgeglichen werden solle, stehe aus. Es sei ein ungedeckter Scheck für die Jahre 2022, 2023 und 2024. Diese Antwort müsse erbracht werden, da ansonsten dieser Antrag nicht durchdacht sei.

KTM Steiner ergänzte, es gebe auch aus den Kommunen hinsichtlich der Kreisumlage verschiedene Zeithorizonte. Von daher bitte er darum, diesen Antrag in den Finanzausschuss zu verweisen, um dann das Gesamtkonzept und die möglichen Auswirkungen zu betrachten. Zudem müsse analysiert werden, was die Verschiebung unter Umständen für Konsequenzen für die mittelfristige Finanzplanung hätte.

KTM Waldästl erwiderte, seine Fraktion habe in der Antragsbegründung ausführlich dargelegt, auf welchen Daten die Zahlen beruhen und dass das Eckpunktepapier diese Zahlen hergebe. Auch der Kämmerin des Rhein-Sieg-Kreises haben man durch den Sprecher der Kämmerer in einem Papier, was der Kreisverwaltung vorliegen sollte, sehr deutlich gemacht, welche finanziellen Spielräume gesehen werden.

Seine Fraktion teile die Einschätzung der Kämmerer im Rhein-Sieg-Kreis, das hier mehr Spielraum bestehen müsse.

KTM J. Becker sagte, der Antrag sei nicht solide gegenfinanziert. Betrachte man korrekt die Eckdaten, stelle man fest, dass die Ausgleichsrücklage im Laufe des Finanzplanungszeitraumes völlig aufgebraucht sein werde.

Wenn man die Kreisumlage vorher absenke, sei man gezwungen, in den späteren Jahren der Finanzplanung die Kreisumlage wieder zu erhöhen.

Ob das seitens der Kommunen im Zuge auf die nächsten Kommunalwahlen gewünscht sei, wage er zu bezweifeln.

Die Ausgleichsrücklage werde durch die niedrigen Festsetzungen der Kreisumlage in den nächsten vier Jahren völlig aufgebraucht. Weiteren Handlungsspielraum gebe es nicht.

KTM Koch verwies auf eine große Unbekannte, nämlich die Finanzplanung der kommenden Jahre des Landschaftsverbandes Rheinland. In diesem Zusammenhang werden auch entsprechend Probleme auf den Kreis zukommen

Deswegen halte er es nicht für richtig, wenn man jetzt schon Geld verteile welches der Kreis möglicherweise nicht mehr haben werde. Selbstverständlich müsse man die Kommunen im Blick haben, jedoch müsse man auch die soliden Finanzen im Rhein-Sieg-Kreis im Blick behalten.

Dann ließ der Landrat über den Vorschlag, den Antrag der SPD-Fraktion in den Finanzausschuss zu verweisen, abstimmen.